

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 33 (1992)
Heft: 4

Artikel: Millionenbeträge für West-Genossen : KPdSU verschob seit Jahren
Gelder ins Ausland
Autor: Baumgartener, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093081>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Millionenbeträge für West-Genossen

Mit über 200 Millionen Dollar unterstützte in den vergangenen Jahren die KPdSU kommunistische Parteien und Organisationen in achtzig Staaten. Die Aufträge erteilte das Politbüro. Es ist unklar, ob dies für Michail Gorbatschow Folgen haben wird; denn, so die Staatsanwaltschaft in Moskau, der vormalige Parteichef und Staatspräsident gehörte dem Politbüro an, «das die illegalen Zahlungen genehmigte».

Von seiten des stellvertretenden russischen Obersten Staatsanwalts, Jewgeni Lisow, hiess es, anscheinend habe Gorbatschow nicht gegen die Zahlungen gestimmt. Das Politbüro habe jeweils einen «besonderen Parteifunktionär» beauftragt, die Aussenhandelsbank anzurufen und den erforderlichen Betrag mitzuteilen. Schon eine Stunde später habe dieser einen Aktenkoffer mit der verlangten Menge Bargeld erhalten. Das Geld sei dann einem Offizier des Staatssicherheitsdienstes (KGB) übergeben worden, der den Aktenkoffer mit Hartwährungsinhalt «über eigene Kanäle weiterleitete».

Offiziell ist heute die Kommunistische Partei der ehemaligen Sowjetunion (KPdSU) in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) verboten. Sie wurde gewissermassen in den Untergrund verbannt, was im Grunde genommen kein demokratisches Vorgehen ist. Und dort lebt sie weiter, auf eine Stunde der Rückkehr lauernd.

Wo sind die verschobenen Milliarden?

Denkbar ist, dass die KPdSU unter anderem im Hinblick auf die Stunde X die Millionen, wenn nicht gar Milliarden ins Ausland, in den Westen verschoben hat. So weilte im Januar der russische Generalstaatsanwalt, Walentin Stepankow, auch in der Schweiz, um nach Geldern der KPdSU zu suchen.

Der heimliche Kapitalexport der Kommunisten begann schon 1985, das heisst nach dem Amtsantritt von Gorbatschow. Nach dem misslungenen Putschversuch der KPdSU-Konservativen im August vergangenen Jahres wurden in Moskau 180 Milliarden Dollar genannt, die ins Ausland geschafft worden sind. Aber schon zuvor wurden aus der KPdSU-Kasse während Jahren moskautreue Genossen, vor allem die Gegner des euro-

kommunistischen Kurses, Parteien und Frontorganisationen (wie Friedensbewegungen), im Westen finanziert.

Die Schweiz und San Marino

Aleksandr Jewlachow, Chefredaktor der Wochenzeitung «Russland», sprach unlängst im Russisch-Dienst der Deutschen Welle in Köln von 15 bis 20 Millionen Dollar, «die noch 1990 ausländischen Genossen gewährt wurden». «In bestimmten Jahren gab es über hundert Kunden im Westen.» Grosseempfänger seien die Kommunistischen Parteien der Vereinigten Staaten von Amerika, Finnlands, Frankreichs, Griechenlands, Italiens und Portugals gewesen. Die Staatsanwaltschaft in Moskau nannte jetzt auch die Kommunisten in Israel. Zudem seien «paramilitärische Organisationen und verbotene kommunistische Gruppierungen» wie im Irak und in El Salvador finanziert worden, sagte Jewgeni Lisow.

Laut Jewlachow gehörten zur Kleinklientel die «Kommunisten in der Schweiz und in San Marino». Die bundesdeutsche Deutsche Kommunistische Partei sei von der Sozialistischen Einheitspartei (SED) der Ex-DDR gespeist worden.

Auch geopolitische Gründe massgebend

In Staaten, in denen es nicht nur eine Kommunistische Partei gibt/gab, seien, laut Jewlachow, die orthodoxen Parteien finanziert worden. Und die amerikanische KP beispielsweise zählt rund 15 000 Mitglieder, aber einen Platz im Kongress oder im Senat hatte sie nie und wird sie sicherlich niemals haben. KPdSU-Kapitalspritzen habe sie dennoch aus «geopolitischen Gründen» erhalten. Es sei wichtig gewesen zu zeigen, «dass in der Hochburg des Imperialismus auch Kommunisten existieren und kämpfen».

Aber es wurden nicht nur ausschliesslich kommunistische Parteien oder kommunistisch beeinflusste oder gelenkte Organisationen finanziert. So habe «man» beispielsweise in Chile während der Jahre des autoritären Regimes von Generalspräsident Pinochet die Sozialistische, die Radikale und die Kommunistische Partei finanziert.

KGB als Geldbriefträger

Freunden im Westen flossen auch Gelder aus dem schon in den vierziger Jahren gebildeten «Hilfsfonds für linke Arbeiterorganisationen» zu. Alle Bruderparteien des ehemaligen Sowjetblocks hätten in diesen Fonds Gelder einbezahlt. «Diese Gelder wurden bei der Aussenwirtschaftsbank deponiert. Per Diplomatenpost ging das Geld ins Ausland an einen residenten Agenten des Komitees des Staatssicherheitsdienstes (KGB).» Der KGB-Mann am Ort (Resident) habe dann das Geld der Führung der Empfängerpartei beziehungsweise -organisation überbracht.

Nach dem erfolglosen August-Putsch wurde das KGB de jure aufgelöst, de facto aber existiert die Organisation weiterhin. Sie wurde zwar reorganisiert und umbenannt, das KGB ist jedoch intakt. Russland ist heute innerhalb der GUS die Spionagesupermacht. Und der Chef der russischen Auslandsspionage, heute «Zentraler Nachrichtenendienst» genannt, ist Jewgeni Primakow, ein Mann noch aus der Ära von Partei- und Staatschef Leonid Breschnew.

Primakow organisierte in den siebziger und achtziger Jahren das gegen den Westen gerichtete internationale Terroristennetz. Er trat stets als Freund der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), vor allem von Yassir Arafat, auf, und vor einem Jahr versuchte er noch, den irakischen Tyrannen Saddam Hussein el-Takriti mit einem «Friedensplan» zu retten...

Im übrigen erhielt das KGB Millionenbeträge aus der KPdSU-Kasse nicht nur für politische Sonderaufträge im Ausland. Die «Residenten», so die Staatsanwaltschaft in Moskau, hätten auch «Parfums und Ohringe» für die Frauen der Politbüromitglieder im Westen kaufen müssen.

Jacques Baumgartner